

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 6038/39
Telefax: 9 66 848 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Cornelia Sonntag MdB
zur Notwendigkeit ei-
nes wirksamen Minder-
heitenschutzes: Für ein
Bündnis gegen Frem-
denhaß.

Seite 1

Horst Peter MdB zu
Anspruch und Wirklich-
keit des Vereinigungs-
tages: Festreden wur-
den zur Farce.

Seite 2

Ludwig Stiegler zum
Umgang mit der Aus-
länderfeindlichkeit und
den Ursachen der
Fluchtbewegung: Den
aufklärerischen Geist
von 1968 einsetzen.

Seite 4

Adolf Salzer zur Ent-
wicklung der SPD in
Thüringen: Aktivitäten,
die manche Parteiglied-
erung im Westen be-
schämen könnten.

Seite 5

46. Jahrgang / 190

4. Oktober 1991

Für ein Bündnis gegen Fremdenhaß

Zur Notwendigkeit eines wirksamen Minderheitenschutzes

Von Cornelia Sonntag MdB

Neue Anschläge gegen Unterkünfte für Asylbewerber, zwei schwer-
verletzte libanesisch Kinder - das war die schreckliche Begleitmusik
zu den Festlichkeiten zum 1. Jahrestag der deutschen Einheit. Es ist
jetzt nicht die Zeit, sozialwissenschaftliche Ursachenforschung für das
Anwachsen des Fremdenhasses zu betreiben. Soziale Ängste und
damit verbunden die Neigung, sich wehrlose Adressaten der eigenen
Verunsicherung zu suchen, gehören ebenso dazu wie Vorurteile,
Desinformation und Panikmache. Unverkennbar ist inzwischen der
Nachahmungseffekt, der manche junge Leute nach dem Motto
'Mischen wir mal Ausländer auf, kann kriegen wir 'ne Schlagzeile' of-
fenbar antreibt. Jeder, der weiterhin mit dem Asylthema Emotionen
schürt, macht sich mitschuldig daran, daß die Serie von Anschlägen
weitergeht. Jeder, der eine Kampagne gegen das Grundrecht auf Asyl
führt und so tut, als sei die Änderung oder gar Abschaffung des Arti-
kels 16 in unserem Grundgesetz die Geheimwaffe zur Begrenzung der
Zuwandererzahlen, handelt wider besseres Wissen.

Ungerührt betreibt die CDU auf örtlicher Ebene die Stimmungsmache
weiter. In der Schlußphase des niedersächsischen Kommunalwahl-
kampfes erschienen Inserate und Flugblätter mit aufheizenden Texten
gegen "Scheinasylanten". Da hört man Äußerungen von CDU-Kommun-
alpolitikern wie "Das Zeug muß hier raus" (gemeint waren Asylbe-
werber); in Hessen erschien ein Plakat mit einem großen Stoppschild
und der Schlagzeile "Asylmißbrauch". Das hat mit sachlichen Beiträgen
zu einem komplexen Thema nichts zu tun. Es ist eine menschenver-
achtende Kampagne - überdies noch ein prächtiges Mittel zur Ablen-
kung von eigenen Versäumnissen. Halten wir fest: Bis zum heutigen
Tag hat die von der CDU geführte Bundesregierung kein konkretes
Handlungskonzept zur Straffung und Beschleunigung der Asylverfah-
ren vorgelegt. Die SPD ist die einzige große Partei, die ein in sich
schlüssiges Paket mit Vorschlägen und Forderungen erarbeitet hat.
Beim Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge sta-
pen sich 200.000 unerledigte Asylanträge. Wer all dies zuläßt, hat das
Recht verspielt, der SPD Blockade-Verhalten bei der Grundgesetzän-
derung vorzuwerfen!

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vermeidung Umgang
mit verschlissenen Rohstoffen
Recycling-Papier



In Artikel 3 unseres Grundgesetzes steht, daß niemand wegen seiner Abstammung, seiner Rasse, Heimat und Herkunft benachteiligt werden dürfe. Es besteht offenbar Anlaß, daran zu erinnern.

Menschen kommen zu uns, weil sie vor politischer Verfolgung in ihren Herkunftsländern fliehen wollen. Sie kommen aber auch aus Furcht von Bürgerkrieg, Hunger, Naturkatastrophen, Umweltzerstörung. Als einziges Land können wir nicht alle Zuwanderer aufnehmen, sondern müssen den Zuzug steuern und verlangsamen. Über eines aber darf es keinen Zweifel geben: Wer in Deutschland lebt - auch wenn es nur vorübergehend ist - hat Anspruch auf Schutz vor Gewalt, Haß und Erniedrigung. Wer bei uns Asyl sucht, muß sicher sein vor Angriffen auf Leib und Leben. Die Fotos der letzten Tage mit den zerbrochenen Fensterscheiben, hinter denen die eingeschüchterten Gesichter dunkelhäutiger Menschen zu sehen sind, sollten sich allen ins Gedächtnis graben.

Die SPD ruft auf zu einem breiten Bündnis gegen Ausländerfeindlichkeit. Wir müssen Bollwerke errichten - gegen Intoleranz und Feindseligkeit gegen Minderheiten. Dazu gehören öffentliche Erklärungen, dazu gehören Besuche in Wohnheimen für Asylbewerber, Gespräche, Appelle, Kundgebungen. Dazu gehören Formen tätiger Hilfe, wie sie jetzt gottsehdank entwickelt oder sogar schon praktiziert werden - zum Beispiel Beratungstelefone für Ausländer, die sich bedroht fühlen, oder auch schlicht Wachsamkeit:

Wer Angriffe gegen Asylbewerber auf der Straße beobachtet, muß sofort die Polizei anrufen. Wer merkt, daß Beamte gar nicht oder nur halbherzig vorgehen, sollte sich die Dienstnummer geben lassen. Es gibt viele andere Formen des solidarischen Miteinanders: Gemeinsame Veranstaltungen, Feste, Diskussionen mit Ausländern. Eins ist klar: die Zeit des schulterzuckenden Beobachtens und blasser Passivität ist vorbei. Wir brauchen eine parteiübergreifende Allianz, in die die Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände mit einbezogen sind. Die "Woche des ausländischen Mitbürgers" ist zu Ende. Von ihrem Ziel jedoch, dem freundlichen Miteinander von Deutschen und Zuwanderern, sind wir noch weit entfernt.

(-/4. Oktober 1991/rs/fr)

Festreden wurden zur Farce **Zu Anspruch und Wirklichkeit des Vereinigungstages**

Von Horst Peter MdB

Der 3. Oktober zeigte, daß sich nationale Hochstimmung und die Freude des Augenblicks nicht konservieren und wiederholen läßt. Auch ein historischer Augenblick ist eben nur ein Augenblick. Ausländerhutz im vereinten Deutschland, die Mieterhöhungen im Ostteil ausgerechnet ein Jahr danach, lassen Festreden zur Farce werden, zeigen, daß die sozialen und nationalen staatlichen Probleme nicht gelöst sind.

So bleibt Rita Süßmuths Aufforderung, "die Vereinigung als Lernprozeß zu begreifen", oder der Ruf Waigels - ausgerechnet Waigels - nach den Intellektuellen, die bisher die geistige Auseinandersetzung mit der Einheit versäumt hätten. Lernprozesse entwickeln sich nicht spontan und die geistige Auseinandersetzung bedarf der Akteure und des sozialen und geistigen Klimas, einer politischen Kultur, die Auseinandersetzung fördert, und des Konsens über den Gegenstand der Auseinandersetzung.

Die geistige Auseinandersetzung, die nicht eine der Repräsentanten des geistigen und öffentlichen Lebens bleiben darf, sondern ein soziales und kulturelles Offenlegen, das die Menschen in Ost und West erfaßt, läßt sich nicht unter den Statuten des Standrechts, dem Schuldig bei Verdacht organisieren. Deutschland benötigt keine Geschichte - und Gedankenpolizei, sondern Katharsis, ein Aussprechenlassen und Bewußtwerden. Aufarbeiten heißt durcharbeiten, heißt erinnern, nachvollziehen, aber nicht verdrängen und vorverurteilen. Dazu muß den Akteuren auch die Gelegenheit gegeben werden.

Das Strafrecht zwingt die Akteure der Vergangenheit zum Verdrängen, um ihren Freispruch zu organisieren.

Die Schwierigkeiten für die vermifste geistige Auseinandersetzung sind vielfältig. Ein Teil derjenigen, die sie führen könnten, sind nicht zugelassen oder harrn vor Evaluierungskommissionen ihrer Zulassung. Ein Teil möchte diese Auseinandersetzung vom Podest des Racheengels führen mit dem Ziel der Aburteilung des anderen Teils. Der Widerstand gegen die SED hat historische Identität und Legitimation geschaffen, die politische und gesellschaftliche Gestaltungsfähigkeit muß sich aber an den Problemen der Gegenwart erweisen und nicht im Rückzug auf die immerwährende SED - Kritik.

Andere schlagen die Schlachten der Vergangenheit nochmals und wollen die alte Systemvergleichsdiskussion nochmals retrospektiv führen - diesmal aus der Position des Siegers, der schon damals überzeugt war, Recht zu haben. Wiederum andere sind auf der Flucht, auf der Flucht vor ihrer alten Fähigkeit, gesellschaftliche Prozesse kritisch zu analysieren. Zu viele Erwartungshorizonte sind in den letzten Jahren ihrer Ansicht nach zusammengebrochen. Sie verabschieden aber nicht nur analytische Fehler, auch die Einsicht und Aufgabe, gesellschaftliche Prozesse zu analysieren.

Der Gegenstand liegt offen vor unseren Augen: die deutsch-deutsche Vergangenheit, ihre Trennungen, Brüche, Brücken und Gemeinsamkeiten in einem Geflecht von Wechselbeziehungen in der Nachfolge des Faschismus und des zweiten Weltkriegs, der Zeitgenossenschaft des Kalten Krieges und des Systemkonfliktes zwischen liberalkonservativen und stalinistischem Lager.

Das Ziel ist wahrscheinlich nur abgrenzend zu beschreiben. Die Auseinandersetzung darf nicht mit dem Ziel der Verurteilung geführt werden. Es darf nicht zu einem retrospektiven Systemvergleich ausarten, in dem mit den Bewertungsmaßstäben der Sieger den Verlierern ihre Unterlegenheit nochmals vorgeführt wird. Das Trabi und Wartburg Daimler und BMW unterliegen waren, hat sich längst herumgesprochen. Mit der Entwertung der Produkte und Institutionen werden aber auch die Menschen entwertet, die sie herstellten, prägten mit ihnen und ihnen lebten. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit soll zusammenführen, helfen, eine neue gemeinsame deutsche Identität zu finden, und nicht einem Teil die Identität rauben, in die geistige und geschichtliche Leere stoßen.

Es ist deshalb eine schwierige und schmerzhaft Einübung in die kritische Analyse einer Gesellschaft notwendig. Es ist nicht die Leichtigkeit des Vergleichs zweier Gesellschaften durch den Vergleich ihrer Produkte. Es ist die Analyse jeweils einer Gesellschaft durch die Zusammenschau von Anspruch und Wirklichkeit, Ausgangspunkt und Endpunkt. Es ist immanente Kritik und nicht ideologische Verdammung.

Verschiedene, Schoriemer, Ullmann und andere, fordern ein Tribunal. Die deutsch-deutsche Vergangenheit kann aber beurteilt, analysiert, beschrieben, verstanden werden, sie kann nicht abgeurteilt werden. Unter 50 Jahre deutsche Geschichte kann nicht mit einem kurzen Prozeß ein Schlußstrich gezogen werden. Der Auftrag eines Tribunals kann nicht die justizförmige Auseinandersetzung, sondern nur die dialogische gesellschaftliche Auseinandersetzung sein, Beginn und Anstiftung für die Vereinigung als Lernprozeß. Es muß ein gesellschaftlicher Prozeß sein, kein Nürnberger Prozeß. Dieser Prozeß sollte zum 3.10.92 hin organisiert werden, damit nicht wieder beklagende Festreden gehalten werden müssen. Sonst wird die Katerstimmung alljährlich neu erzeugt werden.

(-/4. Oktober 1991/rs/fr)

Den aufklärerischen Geist von 1968 einsetzen

Zum Umgang mit der Ausländerfeindlichkeit und den Ursachen der Fluchtbewegung

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Mitglied des Rechtsausschuß des Deutschen Bundestag

Seit Bremen ist der Kampf der Rechten gegen das Asylrecht in eine neue Phase getreten. Der reaktionäre Druck auf die SPD nimmt zu; sie soll eingebunden werden in das Ablenkungsmanöver, das den Zorn über die Wirklichkeit der Deutschen Einigung auf die ausländischen Mitbürger als Sündenböcke lenken soll, damit die Menschen weniger von der Politik von CSU und CDU reden. An Ankündigungen, die SPD "stellen" zu wollen, fehlt es nicht. Es wird möglicherweise auch nicht an einzelnen Sozialdemokraten fehlen, die über gestellte Beine stolpern werden. Die Partei steht: das hat die Diskussion im Parteirat in Berlin eindrucksvoll bewiesen. Die SPD arbeitet an den Problemen und lenkt nicht auf Sündenböcke ab.

Es gilt nicht, die Flüchtlinge zu bekämpfen. ES gilt, die Fluchtursachen zu überwinden. Die moderne Völkerwanderung ist kein Strafgericht des Himmels. Sie ist Folge einer falschen Außenpolitik, einer charakterlosen Waffenexportpolitik und einer unzureichenden Entwicklungspolitik. Mehr als eine Milliarde Menschen haben weniger als einen Dollar am Tag zum Leben. Wer glaubt, die Menschen würden ewig in Resignation wegdämmern, versteht die heutige Welt nicht ganz.

Wenn die deutsche Außenpolitik zu feige ist, die Türkei wegen ihrer unerhörten Politik gegen die Kurden international an den Pranger zu stellen, ja zu ächten und von der Wirtschafts- und der Militärhilfe auszuschließen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Kurden Zuflucht bei uns suchen.

Wenn die CSU mehr dafür arbeitet, daß die Bundeswehr der UNO endlich Blauhelme stellen kann, statt dafür, daß der Schutz der Menschenrechte und damit die Einmischung in die sogenannten inneren Angelegenheiten der Verfolgungsstaaten neben der Friedenssicherung zum Hauptarbeitsgebiet der Vereinten Nationen wird, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wann uns die Flüchtlingsströme erreichen.

Wenn die deutsche Außen- und Entwicklungspolitik nicht in der Lage ist, mit den Haupt-Herkunftsändern in Osteuropa Vereinbarungen über eine Bleibepolitik zu treffen, darf sich niemand über die Wanderungsbewegungen wundern. Ob es uns gefällt oder nicht: die Völkerwanderung aus Ost- und Südeuropa in den Westen verhindern wir nicht durch Paragraphen und Artikel, sondern nur durch Hilfe in diesen Ländern.

Solange die CSU nicht aufhört, mit Unsummen an Geldleistungen Aussiedler ins Land zu locken, die keinem Vertreibungsdruck mehr ausgesetzt sind, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn die Aufnahmekapazitäten überschritten sind, die Menschen nicht mehr zwischen den verschiedenen Gruppen unterscheiden wollen und können. Seit 1986 hat die CSU über 1,3 Millionen Aussiedler ins Land geholt. Diese "Heim-ins-Reich-Politik" der CSU hat die Probleme geschaffen, nicht die von ihr als Sündenböcke vorgeschobenen Asylbewerber. Wir fordern die CSU auf, mit uns diese nach den Reformen in Osteuropa nicht mehr gerechtfertigte Einwanderungspolitik endlich zu stoppen!

Wir sind bereit, die Verfahren zu beschleunigen - aber nicht durch weitere Verkürzung des Rechtsschutzes, sondern durch die enormen Beschleunigungsmöglichkeiten, die durch Sammellager in den ersten Wochen nach Grenzübertritt möglich sind. Die Abschaffung des Rechtsschutzes bei Beibehaltung des Rechtsanspruches wäre blanker Zynismus. Diese Möglichkeit kommt offensichtlich nur für die in Betracht, die - wie unsere CSU-Parlamentarier - an Weihnachten bald wieder mit Tränen in den Augen das Rührstück "Wer klopft an" in unzähligen Advents- und Weihnachtsfeiern mitsingen werden, in Wirklichkeit aber brutaler sind als die dort angeklagten Wirte von Bethlehem.

Wir fordern alle gesellschaftlichen Gruppen auf, nicht feige vor der Ausländerfeindlichkeit zurückzuweichen und nicht wieder - wie in der Hitlerzeit vor der Judenverfolgung - einfach wegzusehen, sondern in der Gemeinsamkeit der Demokraten mit der Zivilcourage des weltoffenen Bürgers den Stammtischbrüdern ebenso wie den faschistischen Parolen-Trägern entgegenzutreten.

Nach Bremen wird es nicht an Versuchen fehlen, Sozialdemokraten einzureden, ihre urchristliche Einstellung der Barmherzigkeit zu Fremden sei ursächlich für die Niederlage. Gingen wir denen auf den Leim, die uns dies einreden wollen, würde der reaktionäre Mob und Muff nicht nur in Hoyerswerda gesiegt haben. Klarheit und Festigkeit sind auch hier gefragt. Es geht darum, die Ursachen der Flucht- und Wanderbewegungen zu bekämpfen. Es geht nicht darum, gegen die Menschen zu kämpfen.

Wir müssen erneut in ganz Deutschland den aufklärerischen und humanen Geist von 1968, den offenen und kritischen Dialog gegen den alten Muff einsetzen. Das ist der gemeinsame Auftrag für das zusammenwachsende Deutschland. Nur so wächst ein weitoffenes europäisches Deutschland zusammen. Alles andere wäre die Rückkehr zum alten Mief, den wir für immer überwunden glaubten.

(-/4. Oktober 1991/rs/fr)

Aktivitäten, die manche Parteigliederung im Westen beschämen könnten **Zur Entwicklung der SPD in Thüringen**

Von Adolf Salzer

Pressesprecher des SPD-Bereichs Hessen Süd

Hoffnung kommt auf: 43 Prozent bekäme die SPD im Osten Deutschlands, die CDU dagegen nur 35, wenn jetzt Wahlen wären. Trotzdem, in der Meister-Eckehardt-Straße in Erfurt, dem Sitz des SPD-Landesverbandes Thüringen, hält sich ein kräftiger Schuß Skepsis. Das Ergebnis der FORSA-Umfrage wird schnell abgeheftet - schmerzliche Erfahrungen werden lebendig.

Wie war das Anfang 1990, kurz nach der friedlichen Revolution? Die SPD hatte sich als erster SPD-Landesverband in der noch bestehenden DDR gegründet, an traditionsreicher Stätte, im Gothaer Tivoli, wo sich 1875 "Lasalleaner" und "Eisenacher" zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zum Thüringer Gründungsparteitag am 27. Januar 1990 veranstaltete die SPD nun in Gotha ein Volksfest, zu dem über 100.000 Menschen kamen. Und dann die Prognosen von der Volkskammerwahl! 54 Prozent sagte ein SPD-Wahlkampfblatt wenige Tage vor dem 18. März voraus. Die Stunde der Wahrheit wurde bitter: Auf nicht einmal die Hälfte kam die SPD DDR-weit, auf ganze 17,5 Prozent in Thüringen. Die bald folgenden Kommunalwahlen und die Landtagswahlen im Herbst sahen kaum besser aus: 21 und 22,76 Prozent. Auch mit Hilfe des aus NRW importierten Landtagsspitzenkandidaten Friedhelm Farthmann war es nicht gelungen, die Stimmung zu kippen.

Immerhin, vor dem 14. Oktober, dem Termin der Landtagswahl, war die SPD wenigstens optisch in Erscheinung getreten. Ein Fortschritt gegenüber den letzten Wochen vor der Volkskammerwahl, als SPD-Plakate selten länger als ein paar Stunden hingen, Plakatständer immer wieder zerstört wurden und sozialdemokratische Plakatkleber oft Beschimpfungen, wenn nicht tätlichen Angriffen ausgesetzt waren.

Und nun 'galt es, Enttäuschungen, Frust und Resignation zu bekämpfen', wie der SPD-Landesverband rückblickend berichtet. Umzusetzen war die Einsicht, daß "der Euphorie über Einheit und harte Währung mit sachlichen Argument nicht beizukommen" war.

Aber wie? Mit gerade 6.000 Mitgliedern, für die die Arbeit in einer Partei oder einem Parlament Neuland war. Mit Turbulenzen an der Spitze des Landesverbandes, in deren Verlauf nacheinander zwei Vorsitzende wegen führender Stasi-Kontakte zurücktraten, dann ein Westler, der ehemalige Hanauer Unterbezirksgeschäftsführer Peter Laskowski, kommissarisch die Verbandsführung übernahm, bis schließlich, auf einem Parteitag im Februar 1991 in Eisenach, Gisela Schröter zur Vorsitzenden gewählt wurde.

Die "formalen, inhaltlichen und personellen Voraussetzungen für eine gute Arbeit", waren - so der Landesvorstand - jetzt aber geschaffen. Als Glücksgriff erwies sich zudem die Verpflichtung der en-

gagelten Groß-Gerauer Geschäftsführerin und Kommunalpolitikerin Birgit Pelke, die zunächst nur für ein Jahr nach Erfurt gehen wollte, inzwischen aber die Stelle des Landesgeschäftsführers einnimmt. Neues Selbstbewußtsein ist in die Meister-Eckehart-Straße eingezogen: "Wir werden die SPD zu einer Partei machen, die in den nächsten Jahren parlamentarische Verantwortung tragen kann und wird. Die Darstellung der sozialdemokratischen Inhalte in der Öffentlichkeit, die Präsenz der Partei und ihrer Mandatsträger, Mitgliederwerbung und Öffentlichkeitsarbeit sind die Schwerpunkte in der nächsten Zeit."

Daß sich die thüringischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (das in der alten DDR einschlägig belastete "Genossinnen und Genossen" geht ihnen allmählich auch von den Lippen) nicht nur an guten Vorsätzen berauschen, zeigt ein Blick auf ihre Aktivitäten, die manche Parteigliederung im Westen beschämen könnten.

Das Arbeitsprogramm von Ende August bis Ende September beispielsweise beinhaltet einen Besuch des AfA-Bundesvorsitzenden und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Rudolf Dreßler, ferner ein Rhetorik-Seminar, eine Geschäftsführerkonferenz, eine sozialpolitische Fachkonferenz mit dem Schwerpunkt Behindertenwerkstätten, eine landesweite Pressekonferenz, eine Klausurtagung des Landesvorstandes, eine Konferenz "Wohnen und Mieten", eine Konferenz "Arbeit und Umwelt", eine Veranstaltung zur Vorbereitung weiterer Mitgliederwerbemaßnahmen, ein Seminar zum Thema "Kita und Betreuungseinrichtungen", ein Tagesseminar "Stadtwerke und Konzessionsverträge", einen Besuch von Bundesgeschäftsführer Karlheinz Blessing, ein Seminar zur Geschichte der Arbeiterbewegung, die Beteiligung an der diesmal in Erfurt stattfindenden Bundeskonferenz zur innerparteilichen Bildungsarbeit, ein landesweites Arbeitnehmertreffen und dazu eine Anzahl örtlicher Veranstaltungen, Busaktionen in verschiedenen Städten sowie Tagungen und Arbeitstreffen der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

"Die Hauptlast der Arbeit tragen (nach einer mit der Bonner Strukturkommission abgesprochenen Umstrukturierung der Parteiorganisation in Thüringen) die von sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie zwei sogenannten Abordnungen besetzte Erfurter Landesgeschäftsstelle und zehn hauptamtliche Regionalgeschäftsführer mit jeweils einer Halbtagskraft, die zwei bis fünf Kreisverbände betreuen. Birgit Pelke: "Diese Personalsituation ist sicher nicht das, was wir uns wünschen, aber zur Zeit aus finanziellen Gründen nicht ausweitungsfähig."

Dabei befindet sich die SPD in Thüringen in vielen Bereichen immer noch in der Aufbauphase, trotz der von Birgit Pelke geschaffenen Organisationsstrukturen und des von ihr mitgebrachten Schwungs. Groß ist zum Beispiel die Fluktuation bei den Jusos - ein Problem freilich auch des sozialdemokratischen Nachwuchses im Westen. Frauenarbeit wird in Thüringen überwiegend parteiübergreifend geleistet (bei Abstinenz der CDU), was einerseits hilft, Frauen überhaupt zu politischer Arbeit zu motivieren, andererseits aber die Profilierung der SPD als frauenfreundliche Partei erschwert. Die AfA, obwohl sehr aktiv, stößt in den Betrieben nach wie vor auf Vorbehalte, hat doch die Tätigkeit der von der SED eingesetzten Betriebskampfgruppen bei vielen Beschäftigten einen nur schwer zu überwindenden Horror vor politischen Betriebsorganisationen hinterlassen.

"Hemmschwellen" in den Betrieben, "Hemmschwellen" bei Leuten, die der SPD zwar Sympathien entgegenbringen, Mitglieder aber doch lieber (noch) nicht werden wollen. Das Wort fällt immer wieder. Allgemeine Parteimüdigkeit, Ernüchterung nach der ersten Begeisterung über die neue Freiheit, vor allem aber der persönliche Kampf vieler Menschen mit Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot und Zukunftsangst erschweren die politische Arbeit enorm. Hilfe von Ortsvereinen im Westen ist nach wie vor willkommen, ausschlaggebend für die weitere Entwicklung der Partei in Thüringen wird freilich - da macht man sich in Erfurt nichts vor - die Attraktivität der SPD in der Region sein. Birgit Pelke: "Nur das kontinuierliche Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern und die ständige Präsenz der Partei werden uns letztlich weiterbringen."

(-/4. Oktober 1991/rs/fr)
